



Rundbrief des Spracharbeiter:innen-Netzwerks der FAU

#11 / 6.2021

Liebe Spracharbeiter:innen,

viel Spaß mit dem Rundbrief!

Euer Spracharbeiter:innen-Netzwerk der FAU

Kontakt: spracharbeit@fau.org

Online: spracharbeit.fau.org

Inhaltsverzeichnis

1	Autor:innen und Übersetzer:innen lehnen "Zwangslizenz" ab.....	3
2	Entwurfspapier des NETZWERK AUTORENRECHTE über die Situation von Übersetzer:innen und Autor:innen in Zeiten von Covid-19.....	3
3	Impfungen: Lehrkräfte in der Weiterbildung nicht vergessen.....	4
4	Protest wegen Statusfeststellungsverfahrens für Selbstständige.....	4
5	Neustarthilfe für Soloselbstständige wird verlängert und erhöht.....	4
6	GEW-Demo in Hamburg: Arbeitsbedingungen in der Erwachsenenbildung verbessern.....	4
7	Gerichtsdolmetschergesetz – die Flickschusterei geht weiter.....	5
8	Besser schützen: BDÜ fordert Abschaffung des Kinderdolmetschens.....	5
9	BDÜ fordert Priorisierung bei Corona-Impfung für Dolmetscher:innen in relevanten Tätigkeitsbereichen.....	5
10	Dolmetscher:innen und Übersetzer:innen in Krisengebieten schützen: Offener Brief an NATO von BDÜ.....	6
11	ver.di unterstützt Petition „Kultur ins Grundgesetz“.....	6
12	Festival für Literaturübersetzung.....	6
13	Politisch sensibel übersetzen.....	7
14	Slator 2021 Language Industry Market Report.....	7
15	ISO veröffentlichte Entwurf für Internationale Standards ISO/DIS 23155 "Interpreting services — Conference interpreting — Requirements and recommendations".....	7
16	FAU Leipzig.....	7
	Kündigung bei Domino's Pizza – Solidarische Fahrraddemo vom 19. Juni in Leipzig.....	7
	Arbeitskonflikt zwischen FAU-Mitglied und EFFEKT GmbH erfolgreich beendet.....	7
	Arbeitskonflikt in mexikanischem Restaurant erfolgreich beendet.....	8
17	Netzwerk Spracharbeit.....	8
	Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung bei Learnship.....	8

1 Autor:innen und Übersetzer:innen lehnen "Zwangslizenz" ab

Mehrere Autor:innen- und Übersetzer:innen-Verbände protestieren in einem [Schreiben](#) unter anderem an Kulturstaatsministerin Monika Grütters dagegen, den § 42b Digitale Leihe in das Urheberrechtsgesetz (UrhG) aufzunehmen. Dieser soll dazu verpflichten, Bibliotheken eine Lizenz für den Verleih von E-Books einzuräumen, sobald diese erschienen sind.

Im Brief des [NETZWERK AUTORENRECHTE](#) heißt es, das Urheberrecht als Ausschließlichkeitsrecht, eben die Möglichkeit der Verweigerung einer Lizenz, gehöre zu den grundlegenden Rechten einer Urheber:in. Autor:innen und Übersetzer:innen fühlten sich von der Anspruchshaltung des dbv wirtschaftlich massiv bedroht.

Hintergrund ist die aktuelle Krise der Buchbranche, deren Ausmaß und Auswirkungen für Autor:innen, Übersetzer:innen und die Branche insgesamt dramatisch seien. Das Netzwerk zeigt sich irritiert darüber, „mit welcher Vehemenz und Verkennung seiner marktdominierenden Stellung der dbv [Deutscher Bibliotheksverband e.V.] eine angebliche Benachteiligung artikuliert, denn die Zufriedenheit der ca. 1,3 Millionen Onleihe-Nutzer:innen ist hoch: Zur Zeit bietet die Onleihe ihnen eine halbe Million Medien, von denen 8 bis 20, also auch E-Books, gleichzeitig ausgeliehen werden können. Die Onleihe kostet im Schnitt 83 Cent im Monat und ermöglicht, beispielsweise durch Verbundsysteme, auch E-Books aus weit entfernten Bibliotheken auszuleihen, und außerdem Tageszeitungen, Magazine, Zeitschriften, Hörbücher, Filme. Die Vergütungs- und Transparenzpraxis der öffentlichen Bibliotheken in der elektronischen Leihe ist hingegen beschämend.“

Der VDÜ verwies in diesem Zusammenhang auf ein [Interview](#) von „kunst+kultur“ mit VdÜ-Anwalt Victor Struppler.

2 Entwurfspapier des NETZWERK AUTORENRECHTE über die Situation von Übersetzer:innen und Autor:innen in Zeiten von Covid-19

Das Netzwerk veröffentlichte ein [Entwurfspapier](#), das einen kurzen Überblick über Erwerbssituation und Krisen-Folgen gibt und zwölf Maßnahmen zur direkten und indirekten Unterstützung von Autorinnen und Übersetzern vorstellt. Die negativen Folgen der Covid-19 Krise und ihrer Maßnahmen werden für den gesamten Buchsektor Deutschlands und Europas und insbesondere für Autor:innen und Übersetzer:innen laut einer Umfrage des EWC 2020 in 24 Ländern unter 33 AutorInnen- und Übersetzer-Verbänden als sehr schwerwiegend eingeschätzt. Gründe hierfür seien u. a. Ausfälle nicht planbarer Einnahmequellen und Ineffizienz von Bundeshilfen für Freiberufler:innen.

3 Impfungen: Lehrkräfte in der Weiterbildung nicht vergessen

Das **Bündnis Lehrkräfte für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache** berichtete im Mai 2021 in einem [Artikel](#), dass sich die GEW Schleswig-Holstein laut ihrer Pressemitteilung "Lehrkräfte in der Weiterbildung nicht vergessen" für die Einbeziehung der Lehrkräfte aus der gesetzlich finanzierten Weiterbildung in die Impfgruppe 3 einsetzt. "Die Kolleg*innen sollten den Lehrkräften an den weiterführenden Schulen beim Impfen gleichgestellt werden."

4 Protest wegen Statusfeststellungsverfahrens für Selbstständige

Laut eines [Artikels](#) des **Bündnis Lehrkräfte für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache** von Ende Mai 2021 wurden u. a. vom Bündnis ein Protestbrief an Hubertus Heil, an die Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU sowie an Mitglieder des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales unterzeichnet, der sich gegen die Reform des „Statusfeststellungsverfahrens“ für Selbstständige richtet, bei dem es darum geht, wie Selbstständige in Sozialversicherungssysteme gebracht werden können.

5 Neustarthilfe für Soloselbstständige wird verlängert und erhöht

Die Bundesregierung hat die Neustarthilfe für Soloselbstständige verlängert und von bis zu 1.250 Euro pro Monat für den Zeitraum von Januar bis Juni 2021 auf bis zu 1.500 Euro pro Monat für den Zeitraum von Juli bis September 2021 erhöht. Von Januar bis September 2021 können Soloselbstständige also bis zu 12.000 Euro erhalten.

Mehr Infos befinden sich auf der [Webseite](#) des Bundesfinanzministeriums.

6 GEW-Demo in Hamburg: Arbeitsbedingungen in der Erwachsenenbildung verbessern

In einem Artikel von April 2021 berichtete das **Bündnis Lehrkräfte für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache** von der durch die Hamburger

GEW (Landesverband der Bildungsgewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund) organisierte Kundgebung, an der ca. 30 Kolleg:innen teilnahmen. In ihrem [Bericht](#) über die Kundgebung fasst die GEW noch einmal die Hauptforderungen für bessere Arbeitsbedingungen in diesem Bereich zusammen. Das Bündnis fordert dazu auf, den [Hamburger Appell](#) zu unterschreiben.

7 Gerichtsdolmetschergesetz – die Flickschusterei geht weiter

Laut [ADÜ Nord](#) hat der Bundesgesetzgeber im Herbst 2019 das Gerichtsdolmetschergesetz (GDolmG) verabschiedet. Es sollte am 1. Juli 2021 in Kraft treten, nun soll das völlig übereilt verabschiedete und inhaltlich schlecht vorbereitete GDolmG sogar erst 2023 wirksam werden. Damit komme es voraussichtlich zur Fortsetzung eines bereits heute bemerkbaren, unheilvollen berufsrechtlichen Schwebeszustandes. Von einem geordneten Übergang in ein neues, funktionierendes Berufsrecht für die im rechtlichen Bereich tätigen Dolmetscher:innen und Übersetzer:innen könne keine Rede sein. Das GDolmG werde allerdings bereits wegen seiner mit Händen greifbaren Verfassungswidrigkeit zu bekämpfen sein.

8 Besser schützen: BDÜ fordert Abschaffung des Kinderdolmetschens

In seinem [Positionspapier](#) vom Februar 2021 bezieht der [BDÜ](#) klar Stellung zum sowohl rechtlich als auch ethisch bedenklichen Einsatz von Kinderdolmetschern.

9 BDÜ fordert Priorisierung bei Corona-Impfung für Dolmetscher:innen in relevanten Tätigkeitsbereichen

Mit seinem [Positionspapier](#) zum Anspruch auf schnellstmögliche Impfung für Dolmetscher:innen, die ihre Tätigkeit in besonders relevanten Positionen ausüben, hat sich der [BDÜ](#) sowohl an das Bundesgesundheitsministerium als auch an weitere Stellen wie die Ständige Impfkommision (STIKO) und die Nationale Lenkungsgruppe Impfen (NaLI) gewandt. Gemäß den Auskünften sollten Dolmetscher:innen wie gefordert der Gruppe 2 mit hoher Priorität bzw. der Gruppe 3 mit erhöhter Priorität zugeordnet werden, wenn sie im Gesundheitswesen mit direktem Patientenkontakt oder in Obdachlosen- oder Asylbewerberunterkünften (Gruppe 2) bzw. für Justiz, Polizei und Behörden (Gruppe 3) tätig sind.

10 Dolmetscher:innen und Übersetzer:innen in Krisengebieten schützen: Offener Brief an NATO von BDÜ

Laut **BDÜ** hat sich die Weltgemeinschaft der Übersetzer:innen und Dolmetscher:innen unter der Federführung der Nichtregierungsorganisation **Red T**, die sich weltweit für den Schutz von Übersetzer:innen und Dolmetscher:innen in Krisengebieten einsetzt, aus Anlass des Truppenabzugs aus Afghanistan mit einem auch vom **BDÜ** unterzeichneten **Offenen Brief (EN)** an NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg gewandt, um erneut auf die Bedrohungslage für die Kollegen vor Ort hinzuweisen. Damit ergeht ein eindringlicher Appell an die internationale Gemeinschaft, diesen wichtigen Aspekt unbedingt zu berücksichtigen.

11 ver.di unterstützt Petition „Kultur ins Grundgesetz“

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat laut eines Berichts des **VDÜ** alle demokratischen Bundestagsparteien aufgefordert, die Festbeschreibung der Kultur als Staatsziel in ihre aktuellen Wahlprogramme aufzunehmen und umzusetzen. Gleichzeitig unterstützt die Gewerkschaft, die über 20.000 Kunst- und Kulturschaffende organisiert, die Initiative **Kultur ins Grundgesetz** und die gleichnamige Petition.

12 Festival für Literaturübersetzung

Laut **VDÜ** bekommt Berlin ein neues Festival: Anfang Oktober 2021 feiert die translationale berlin Premiere. Die Weltlesebühne e.V. und das TOLEDO-Programm des Deutschen Übersetzerfonds laden internationale Übersetzer:innen, Autor:innen, Künstler:innen und Wissenschaftler:innen ins Collegium Hungaricum ein, um in zahlreichen Veranstaltungen die literarische Übersetzung als künstlerische und soziale Praxis in den Fokus zu rücken.

13 Politisch sensibel übersetzen

Auf poco.lit. schreiben Lucy Gasser und Anna von Rath über postkoloniale Literatur. Im Rahmen ihres neuen Projekts macht.sprache. laden sie zur Diskussion über gute und schlechte Übersetzungsbeispiele sensibler Begriffe ein. Auf TraLaLit veröffentlichten sie einen [Kommentar](#) darüber.

14 Slator 2021 Language Industry Market Report

Der [Slator 2021 Language Industry Market Report](#) bietet einen umfassenden Überblick über die globale Branche der Sprachservices und -technologien.

15 ISO veröffentlichte Entwurf für Internationale Standards ISO/DIS 23155 “Interpreting services — Conference interpreting — Requirements and recommendations”

Der [Entwurf](#) formuliert Informationen sowie Richtlinien für verschiedene Beteiligte im Rahmen von Konferenzdolmetschen.

16 FAU Leipzig

Kündigung bei Domino’s Pizza – Solidarische Fahrraddemo vom 19. Juni in Leipzig

Am Samstagabend des 19. Juni veranstaltete die Basisgewerkschaft Freie Arbeiter*innen Union (FAU) Leipzig eine [Fahrraddemo](#) mit dem Motto „Keine Kündigung bei Domino’s Pizza!“. Auslöser war die Kündigung eines Lieferfahrers, welcher sich für bessere Arbeitsbedingungen engagiert hatte und kurze Zeit später eine Kündigung aus „betriebsbedingten Gründen“ erhielt. Die Rechtmäßigkeit der Kündigung wird von der FAU Leipzig angezweifelt.

Arbeitskonflikt zwischen FAU-Mitglied und EFFEKT GmbH erfolgreich beendet

Der [Arbeitskonflikt](#) zwischen einem Mitglied der Freien Arbeiter*innen Union (FAU) Leipzig und dem Domino’s Pizza Franchisenehmer EFFEKT GmbH wurde erfolgreich abgeschlossen. Das Unternehmen zahlte den geforderten Betrag von knapp 770 Euro vollumfänglich schon einige Tage nachdem die

FAU am Samstag den 24.04. öffentlichkeitswirksam eine Solidaritätskundgebung vor einer Domino's-Filiale in Leipzig-Plagwitz veranstaltet hatte.

Arbeitskonflikt in mexikanischem Restaurant erfolgreich beendet

Die FAU hat für ein Mitglied von einem mexikanischen Restaurant in Leipzig ausstehende Stundenlöhne und Urlaubsentgelt eingefordert. Nach einem zweiten Schreiben der FAU Leipzig wurde der geforderte Betrag von 340€ gezahlt. Dass Minijobber*innen um ihr Urlaubsentgelt gebracht werden, ist leider kein Einzelfall. Viele wissen gar nicht, dass sie grundsätzlich immer (!) einen Anspruch auf bezahlten Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall haben.

17 Netzwerk Spracharbeit

Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung bei Learnship

Seit dem 01. April 2021 arbeiten freiberufliche Trainer:innen bei **Learnship** wieder für das volle Honorar. Dieses wurde ihnen wegen der Corona Pandemie im Mai 2020 um 25% gekürzt. Trainer:innen bekamen per Email ein Ultimatum: entweder sie unterschreiben einen neuen Vertrag mit 25% weniger Honorar pro Unterrichtseinheit oder sie bekommen keine Kurse mehr zugewiesen. Nun sind die Honorare also wieder auf dem Niveau von April 2020, was allerdings nicht heißt, dass es den Freiberufler:innen bei Learnship sehr viel besser geht. Nach wie vor verdient Learnship mit diesen geldsparenden Maßnahmen auf Kosten der freiberuflichen Lehrkräfte, die auch nach wie vor keine Urlaubsansprüche oder Krankheitsausfälle bekommen.
